



HESSISCHER LANDTAG

24. 07. 2024

WVA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Versetzung der Staatssekretärin Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker in den einstweiligen Ruhestand

Am Montag, den 22. Juli 2024 hat Staatsminister Kaweh Mansoori die Öffentlichkeit darüber informiert, dass er den Ministerpräsidenten gebeten hat, seine Staatssekretärin Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Als Grund wird ein „nicht hinnehmbares Fehlverhalten“ außerhalb des Dienstverhältnisses angeführt. Auf [hessenschau.de](https://www.hessenschau.de) ist zu lesen, dass Frau Messari-Becker alle Vorwürfe bestreite und den Minister aufgefordert habe, Belege für das angebliche Fehlverhalten vorzulegen (<https://www.hessenschau.de/politik/entlassung-wegen-fehlverhalten-staatssekretaerin-messari-becker-wehrt-sich-mit-anwaelten-gegen-spd-minister-v1,entlassung-staatssekretaerin-messari-becker-100.html>; abgerufen am 24. Juli 2024 um 11.30 Uhr).

Frau Staatssekretärin Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker wurde von Minister Kaweh Mansoori persönlich ausgewählt und zunächst in den höchsten Tönen gelobt. Umso mehr Fragen stellen sich bezüglich der angekündigten Versetzung in den einstweiligen Ruhestand nach nur wenigen Monaten sowie zu den widersprüchlichen Erklärungen in der Pressemitteilung, die Minister Kaweh Mansoori mitgeliefert hat.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum (WVA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wann hat sich der als Entlassungsgrund angeführte Vorfall ereignet?
2. Was genau ist vorgefallen?
3. Seit wann war bzw. durch wen und wie wurde Minister Kaweh Mansoori über den angeblichen Vorfall informiert?
4. Auf [hessenschau.de](https://www.hessenschau.de) wird berichtet, dass es kein persönliches Gespräch mit dem Minister gegeben und die Staatssekretärin sich nichts vorzuwerfen habe. Wie kam der Minister zu der Einschätzung, dass es sich um ein Fehlverhalten handelte, das eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand rechtfertigt?
5. Aus welchem Grund wird in der Pressemeldung des HMWVW ein nicht näher ausgeführter Vorfall als Begründung für die Entlassung genannt, obwohl politische Beamte nach § 30 Abs. 1 Satz 1 Beamtenstatusgesetz (BeamStG) ohne Begründung in den Ruhestand versetzt werden können?
6. Seit wann stand der Entschluss des Staatsministers fest, die Zusammenarbeit mit Staatssekretärin Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker zu beenden?
7. Wann und in welcher Form wurde die Staatssekretärin Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker über das Ende der Zusammenarbeit informiert?
8. Warum wurde die Öffentlichkeit erst über eine Woche später und auf Druck der Medien und der Opposition über die Entscheidung des Ministers, die Staatssekretärin Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker in den einstweiligen Ruhestand versetzen zu lassen, informiert?
9. Welche Pensionsansprüche, Ansprüche auf Übergangsgeld oder andere finanzielle Verpflichtungen ergeben sich aus der Amtszeit von Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker für das Land Hessen?

10. Entspricht das Vorgehen der von Staatsminister Kaweh Mansoori ausgelobten „neuen Fehlerkultur“ (dpa-Interview vom 15. März 2024) und dem sich hinter seine Mitarbeiter stellen und für ihre Fehler geradestehen?
11. Berichten zufolge gab es immer wieder auch Meinungsverschiedenheiten zwischen Staatssekretärin Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker und Staatssekretär Umut Sönmez. Waren diese mit ausschlaggebend für die Beendigung der Zusammenarbeit mit Frau Prof. Dr.-Ing. Lamia Messari-Becker?
12. Wer wird die Verhandlungen zur ÖPNV-Finanzierung weiterführen, bis die Nachfolge geregelt ist?
13. Muss durch die Entlassung der zuständigen Staatssekretärin mit Verzögerungen im Zeitplan der Finanzierungsvereinbarung im ÖPNV gerechnet werden?
14. Wann hat das Kabinett oder der Ministerpräsident über die Ruhestandsversetzung entschieden? Wenn noch keine Entscheidung vorliegt: Wann wird sie gefällt?
15. Gibt es eine Nachfolge bzw. bis wann wird über eine Nachfolge entschieden?

Wiesbaden, 24. Juli 2024

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke